

Resolution

IG ehem. DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim

**An die
Abgeordneten des 18. Bundestages**

11011 Berlin

Berlin, den 21.03.2017

Die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ vertritt die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ (ehemalige DDR-Flüchtlinge).

Die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ ist die Vorhut der Bürgerbewegung der DDR und war, als der Beitritt der DDR vollzogen wurde, im Geltungsbereich des Grundgesetzes ansässig.

Die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ hatte nachweislich nicht zur Verhandlungsmasse bei der Gesetzgebung zum Beitritt der DDR gehört. Die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR wirkte nach dem Willen des 12. Bundestages ausschließlich in den Rechtsraum der beigetretenen DDR.

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland hatte für die ehemaligen DDR-Flüchtlinge böse Folgen, die in den Gesetzen zum Beitritt der DDR nicht angelegt sind.

Die mit ihrer einstigen Eingliederung in den Rechtsraum der alten Bundesrepublik begründeten Rechte sind durch einen willkürlichen rückwirkenden Eingriff der Exekutive in das Gesetz zur Rentenüberleitung (RÜG) gelöscht worden. Weder der Gesetzgeber noch die politische Öffentlichkeit noch die Betroffenen selbst sind informiert worden.

Der rückwirkende Eingriff in das RÜG konterkariert den ausdrücklichen Willen des ersten gesamtdeutschen Bundestages sowie der ersten gesamtdeutschen Bundesregierung.

Wir fordern:

- 1. Die vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge in die Wirkmechanismen des RÜG muss rückabgewickelt werden.**
- 2. Die bei der Eingliederung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge nach geltendem deutschen Recht begründeten Rechtspositionen sind wiederherzustellen.**

Resolution

- 3. Da die von 2006 bis 2015 dauernde Behandlung der Mehrfachpetition Pet. 3-16-11-8222-015348 unter einer grundsätzlich falschen Voraussetzung stattgefunden und damit unter einem erheblichen Mangel gelitten hat, ist eine nochmalige Behandlung des Themas „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR“ durch den Bundestag unbedingt erforderlich.**
- 4. Der Bundestag ist aufgefordert, der seit 2015 auf dem Tisch des Bundestages liegenden Forderung nach Neubefassung (Pet. 3-18-11-8222-020228) nachzukommen.**
- 5. Die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ als Vertreterin der Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ fordert den Bundestag auf, Vertreter des Vorstands der IEDF anzuhören und bei der Bearbeitung hinzuzuziehen.**